A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 40 Pfg.

Donnerstag, 24. November 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen beim Sonderpreisen in den Morgen-Ausgaben Sonntags Bilder-Chronik, Kinder-Beilage, Reisen und Wandern — Sport, Reisen und Sich Weiterbilden, Montags Bilder-Chronik, Dienstags Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport Donnerstags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport Freitags Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport Sonnabends Unterhaltung — Frau und Welt — Sport

Schriftleitung Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32 Fernspr. Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32 Fernspr. Nollendorf 5080-88 Postscheck Berlin Nr. 107041.

Bezugspreis monatlich ℳ 12.—, morgens und abends frei ins Haus. Man bezieht in Groß-Berlin beim Verlag, außerdem bei der Post. In Fällen höherer Gewalt Verhinderung oder Streik besteht kein Anspruch auf Ersatz oder Nachzahlung oder Kürzung des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Aufnahme in einer bestimmten Morgen- oder Abend-Ausgabe entgegengenommen zum Zeilenpreis von ℳ 4.— für die 33 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ℳ 12.— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

60. Jahrg. Nr. 542 B 197

Tages-Spiegel.

Der preußische Landtag nahm die neue Geschäftsordnung nach 18stündiger Sitzung an.

★

Der bekannte Berliner Dramatiker und Erzähler Felix Philippi ist im 71. Lebensjahre gestorben.

★

Reuter teilt mit, daß in Kabul ein englisch-afghanischer Vertrag unterzeichnet wurde.

★

Gestern wurde in London eine internationale Konferenz über die Frachttransporte zur See eröffnet, an der sich 14 Staaten beteiligen.

Diplomatische Winkelzüge.

Eigene Drahtmeldung.

To. Washington, 24. November.

Die französische Delegation sucht hier auf alle Weise für Frankreich moralische Eroberungen zu machen. So versicherte mir das Mitglied der französischen Delegation, Tardieu, daß die Franzosen bereit seien, jede Maßnahme Deutschlands, die zu einer Festigung des Markkurses führen könne, zu unterstützen, daß sie in diesem Sinne auch mit den amerikanischen Banken gesprochen hätten und daß sie jede Deutschland in dieser Hinsicht gewährte Unterstützung warm begrüßen würden.

In ähnlicher Weise suchen auch andere hier anwesende Franzosen den Eindruck hervorzurufen, als sei man in Frankreich durchaus bereit, einen Ausgleich mit Deutschland herbeizuführen. Diese Behauptung, die mit der Rede Briands und mit allem, was man von Delegierten anderer Nationen hört, in Widerspruch steht, werde von französischer Seite mit dem Hinweis darauf unterstützt, daß Frankreich sich mit keinerlei Absichten auf das Rheinland (?!) trage und nicht daran denke, eine Zerstückelung des Deutschen Reiches zu fördern. Französische Kreise stellen hier in Aussicht, daß die französische Regierung demnächst eine amtliche Erklärung in diesem Sinne abgeben werde.

★

In der obigen Meldung wird schon darauf hingewiesen, daß alle „neue diplomatischen Flöten über einen französisch-deutschen Ausgleich mit der Rede Briands in Widerspruch stehen. Noch mehr aber stehen sie in Widerspruch mit den Taten der Franzosen im Saargebiet und im Rheinland, mit allen den Schikanen und Noten, die darauf hinzielen, Deutschland wirtschaftlich und staatlich zu vernichten. Die Tätigkeit Briands in Washington wird am besten von dem „Daily Chronicle" beleuchtet, in dem es heißt:

„Briands eigentlicher Beitrag zur Washingtoner Konferenz sei, daß er jede Aussicht auf eine Herabsetzung der Heeresstärken Europa aber anderswo zerstört habe. Deutschland sei heute wirksam entwaffnet und habe weder die Gesichte noch die Ausrüstung, um auch nur im Traum davon zu denken, Frankreich anzugreifen. Die Politik Briands sei ein Hinderniß für die Verwirklichung jeder allgemeinen Abrüstungsbeschränkung zu Wasser und zu Lande, die England von der Konferenz erhofft habe und noch erhoffe.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Ergänzend zu der Meldung im heutigen Morgenblatt über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf, geben wir noch nachstehenden Bericht wieder:

Genf, 23. November. (W. T. B.)

Die ersten beiden Sitzungen der deutsch-polnischen Konferenz, die gandhi der Klärung unsere politischen Beziehungen zwischen den beiden Länder und dem Präsidenten, sowie den Vorbesprechungen über den Arbeitsplan galten, nahmen einen würdigen Verlauf.

Vom Völkerbund war der Generalsekretär Sir Erik Drummond in der ersten Sitzung erschienen. Ferner nahmen an den Sitzungen teil der Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundes Dr. von Hamel und verschiedene Sekretäre, darunter die Mitglieder der politischen Abteilung Denis und Monteneck, die sich bereits während der Tagung des Völkerbundsrates mit der oberschlesischen Frage beschäftigt hatten. In beiden Sitzungen Drummonds in der ersten Sitzung erklärten. Ferner nahmen an den Sitzungen teil der Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundes Dr. von Hamel und verschiedene Sekretäre, darunter die Mitglieder der politischen Abteilung Denis und Monteneck, die sich bereits während der Tagung des Völkerbundsrates mit der oberschlesischen Frage beschäftigt hatten. In beiden Sitzungen Drummonds hatten die Vertreter Deutschlands und Polens Platz genommen.

Die Nachmittagssitzung war den mehrstündigen Beratungen zur Ausfüllung der Arbeitsplanes gewidmet. Die wichtige Frage des Beratungsortes kam eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung. Hiernach werden in Genf Unterhandlungen zwischen den Regierungsbevollmächtigten stattfinden, während die Kommissionen, die am Montag, dem 28. Oktober, beginnen, Gegenstand der Kommissionsbeschlüsse hier liegen als Genf. Ein großer Teil der Kommissionssitzungen soll in Genf stattfinden.

Man nimmt an, daß die erste Genfer Tagung bereits Ende Dezember abgeschlossen sein wird, daß aber die Bevollmächtigten vielleicht noch vor Abschluß der gesamten Verhandlungen in Genf zum Zwecke der Zusammenfassung werden. Die Schlußsitzung soll aber auf jeden Fall in Genf abgehalten werden.

Die Presse hat den Wunsch, die Interessenvertreter Aufsuche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Die Verhandlungssprache war deutsch und französisch. Die Stimmung der Teilnehmer waren heiteres und mündig. Der Plenar Calender zeigte sich bemüht, möglichst die Fahrung nicht an sich zu reißen, sondern den Vertretern der beiden Staaten die direkte Verständigung zu erleichtern.

Uebernahme der Villa Falconieri durch Italien.

Rom, 23. November. (W. T. B.) Heute erklärten in der bisher den preußischen Krone gehörigen Villa Falconieri in Frascati zwei Generale, um von ihr im Namen der italienischen Regierung Besitz zu ergreifen.

Austausch deutscher und österreichischer Hochschullehrer.

Wien, 23. November. (W. T. B.) Der Finanzausschuß nahm eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen zur Durchführung des geplanten Austausches von Hochschullehrern zwischen den österreichischen und den deutschen Hochschulen zu treffen.

Die Interalliierten Kontrollkommissionen.

Generalleutnant a. D. von Cramon, der am 1. November d. J. von seinem Posten als Chef der Hauptverbindungsstelle der Friedenskommission zurückgetreten ist und bis dahin Gelegenheit hatte, in seiner amtlichen Eigenschaft die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland, insbesondere die des Generals Nollet, auf das genauesste kennen zu lernen, gibt in der „Kreuzzeitung" eine eingehende Schilderung seiner Erfahrungen und Beobachtungen. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgendes:

„General Nollet hat sich seit seinem Eintreffen in Deutschland als Diplomat entwickelt. Schon bei unserer ersten Begegnung mußte ich ihn durch den Reichstag darauf aufmerksam machen lassen, daß der Appell, den er an uns richtete, unter Wort zu halten, bei deutschen Offizieren überflüssig sei. Meiner Meinung nach muß habe ich viel mit ihm zu besprechen gehabt und konnte dabei seine ganze Mentalität erkennen.

General Nollet hat, wie alle Franzosen, einen großen Respekt vor deutscher Tüchtigkeit und Energie. Er hat mir, als unser Heer schon auf 200 000 Mann reduziert war, ganz offen erklärt, er wisse es immer noch für bedauerlich, Frankreich mit Erfolg angegriffen, und auch meine Hinweise auf die seitende schwere Artillerie, auf den Zustand der deutschen Flugzeuge und auf andere außerordentlich wichtigen Kriegsmittel französischer Seite konnten ihn von seiner Ansicht nicht abbringen. General Nollet und seine französischen Mitarbeiter erblicken auch in allem und jedem Mißtrauen und Vorbereitungen. Man besonders aber hatten die sogenannten Abrüstungsstellen bei ihm Anstoß erregt, die doch lediglich die Verfassungsbestimmungen früherer Soldaten zu bearbeiten hatten. Nicht nur Angst ist das leitende Motiv der Franzosen, sondern auch ihre Herrschsucht.

v. Cramon macht General Nollet dafür verantwortlich, daß er durch seine Berichte nicht nur die Stimmung in Paris, sondern in ganz Frankreich gegen uns aufpeitscht und die Regierungen der alliierten Mächte in ganz ungerechtfertigter Weise gegen uns einnimmt. Zum einzelnen führt v. Cramon aus:

„Daß General Nollet Deutschland noch Möglichkeit zu entwaffnen trachtet, ist seine Pflicht, daß er aber die Deutschen als ein Volk darzustellen sucht, das auch heute noch den Krieg gegen Frankreich vorbereitet und alles daran setzt, seine Rüstungen im Geheimen weiter zu betreiben, das ist die große Schuld, die er auf seine Schultern lädt, und die ganz Europa nicht zur Ruhe und zum Frieden kommen läßt. Wenn Herr Briand in Washington die Notwendigkeit eines starken Landheers mit der Behauptung begründet, daß Deutschland dauernd zum Kriege rüste, daß es in kürzester Frist Millionen ausbildbarer Soldaten unter die Waffen rufen könnte, daß das 100 000-Mann-Heer und die Polizei die Kadres für die neue deutsche Armee bildeten, und daß Frankreich auch heute noch vor einem Angriff seitens Deutschlands stünde, so sind das bewußte Irreführungen, die mit der von General Nollet mir wiederholt ausgesprochenen Ansicht bis aufs Haar übereinstimmen und lediglich darauf hinzielen, die Interessen und die Ehre des siegreichen Frankreichs zu verschleiern.

Deutschland denkt kein terroristisches Mittel an einen Angriffskrieg gegen Frankreich, das deutsche Volk verlangt nichts sehnlicher und aufrichtiger, als in Ruhe und Frieden arbeiten zu können, um seine besiegten finanziellen Verhältnisse zu sanieren, es verlangt allerdings Gerechtigkeit, und daß nicht immerwährend Sanktionen an seinem Vorgehen vorgenommen werden, die jedem Gefühl von Billigkeit Hohn sprechen und dem Selbstbewußtsein unseres Volkes, das zum Friedensschluß von Versailles direkt zuwiderlaufen. Falls sich eine Regierung finden sollte, die so unvernünftig wäre, einen Aufstand gegen Frankreich in Szene zu setzen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auf den Appell unter die Waffen zu treten, nicht ein Zehntel der genannten Millionen zu den Fahnen eilt. Genug nicht gelesenen werden, daß es Verfassungsleiten geneben hat, die mit dem Verbieten von einigen hundert Gewehren, Munitionsfüllen oder sonstigen Friedensmittel eine provozierende Tat gegen und das Vaterland geretzt zu haben glauben, aber was wollen diese Kleinigkeiten im Verhältnis zu den ungeheuren Summen von Kriegsmaterial bedeuten, die tatsächlich vernichtet sind.

Die französische Politik will nun Deutschland nicht nur militärisch ohnmächtig machen und erhalten, sie geht viel weiter, sie will Deutschland auch wirtschaftlich ruinieren, d. h. verarmen, daß halb auch Deutschland nach jeder Richtung hin derbschlägt werden, dadurch millen Sanktionen, d. h. Erpressungen unerhörter Art, die jedem, keinem zivilisierten Volke der Welt zugemutet werden dürfen, kann General Nollet die treuesten Handlanger-Dienste.

Das Postulat der Handelsspionage steht seit uns wurde die Bekanntschaft der Chefs einer alliierten Ueberwachungsausschüsse doch wohl um ein beträchtliches überschreiten. Wenn General Nollet Deutschland ein sollte, so kann das nur im Sinne seiner interessierten Mitteilung dienen, daß einer seiner Untergebenen die liebenswürdige Nachricht gab, man wissen, einen Fragen der Deutschen Abrüst eines Ellenbogen-Augens liegen zu lassen, der Aufsatze entzieht sich sich, wie ausdrücklich bemerkt wird, nicht in den Bestimmungen des Friedensvertrages zwar nicht vertrunken heute Erfüllung oder von der reichen Dichtung sei!

Die Forderungen über Einschränkungen in der Fabrikation von Gegenständen, die bis dürrerliche Sehen erlosen. Ich kann mich nicht entsinnen, daß ich jemals bejaht werden, die Zahl der diesbezüglichen an uns gerichteten Noten des Generals Nollet ist Legion. Ich erinnere an die Forderungen der Fertigung von Gegenständen, die niemals Kriegsmaterial bedeuten konnten, oder die Forderung, Maschinen zu zerreißen, die der Anfertigung genannter Gegenstände dienten.

General v. Cramon fordert zum Schlusse die Angehörigen der politischen Parteien und gewerkschaftlichen Richtungen auf, durch gemeinsames Auftreten dem müssen Verwirklichung Frankreichs und seiner Abgesandten Halt zu gebieten.

Sitzung der französischen Armeekommission.

Paris, 24. November. (E. C.) Die französische Armeekommission billigte gestern den Bericht des französischen Abgeordneten Fabrie über die Einberufung des Jahrgangs 1922 in zwei Gruppen, im Mai und im November, der an Stelle des Jahrgangs 1920 treten soll. September soll erst nach Vollendung einer zweijährigen Dienstzeit entlassen werden. Der Kriegsminister sprach lobend über die Neuorganisation der Armee, über die Cadres und über die effektiven Heeresstärke. Er gab der Absicht der Regierung Ausdruck, den Jahrgang 1920 nicht vor Beendigung seiner zweijährigen Dienstzeit zu entlassen.

Briand gegen jede Abrüstung.

Heftige Opposition.

Eigene Drahtmeldung.

■ **Basel**, 24 November.

Auf der Washingtoner Konferenz prüfen die Vertreter der fünf Großmächte am Mittwoch die Frage der Abrüstung zu Lande. Briand machte heftige Opposition und erklärte, daß Frankreich unmöglichen Gesehen zuzustimmen müsse und seine Armee nur vermindern könne, wenn die Gesetzen von den anderen Mächten gemacht würden. Die Franzosen seine Garantien geboten worden seien, sei die Einschränkung der Rüstungen geradezu unmöglich.

Der Leiter der italienischen Delegierten Schanzer, die Jugoslawen zur Ruhe zu bringen, wurde an eine Kommission überwiesen, die aus den Präsidenten der fünf Abordnungen der Großmächte zusammengesetzt ist. Diese Unterkommission hat der Abrüstungskommission einen eingehenden Bericht zu erstatten. Vorher wurden drei Unterkommissionen eingesetzt, von denen sich die eine mit der Frage der Zulässigkeiten, die zweite mit der Frage der gültigen Gase und die dritte auf Antrag des amerikanischen Senators Root mit der Frage der Anwendung des Völkerrechts zu beschäftigen hat.

Wie der „New York Herald" meldet, will Frankreich auf der Washingtoner Konferenz nicht eine Verminderung, sondern eine Vermehrung seiner Flotte durchsetzen. Diese Haltung habe unter den Sachverständigen Entrüstung hervorgerufen. Die Sachverständigen wollen den französischen Flottenanspruchen in seinen Nachmaßen trotzen, als die Franzosen den Ersatz derjenigen Schiffe, die ausgeschieden sind, zugestehen wurden.

★

Washington, 23. November. (Von dem Sonderberichterstatter der Agence Havas.) Der Abschiedsbesuch, den Briand dem Präsident Harding abstattete, dauerte mehr als eine halbe Stunde. Die Unterredung war sehr herzlich, fast (!) freundschaftlich.

P. **London**, 24. November. (Eigene Drahtmeldung. Briand und seine Begleiter haben am Freitag nach Paris zurück und werden die Beschlüsse des Finanzkomitees mitnehmen. Dann wird vorläufig die Frage der Entwaffnung zu Lande erledigt sein, so daß die Konferenz sich weiter nur mit der Flottenfrage und der Frage des Fernen Ostens beschäftigen wird.

Englisch-afghanischer Vertrag.

London, 23. November. Reuter meldet aus Delhi, in Kabul ist ein englisch-afghanischer Vertrag unterzeichnet worden. Der Chef der britischen Mission habe Kabul verlassen.

Der Vertrag wird angeblich mit gleich mit der Unterzeichnung des englisch-japanischen Vertrages die afghanische Regierung die sämtlichen Verschreibungen, die sie bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial, Munition und Kriegsmitteln, die nicht der Ausführung der Entente Konsulate zugelassen werden in den Besitzen Kulabad, Schagai und Kandahar. Der Vertrag wird ferner die Afghanistan einer unter Vorschrift der Einfuhr von Kriegsmunition durch Indien wieder her. Reuter erfährt, daß Afghanistan Kriegsmaterial großer Bedeutung über das Zustandekommen dieses wichtigen Vertrages.

Die polnische Industriekrise.

-l. **Frankfurt**, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Frankf. Ztg." wird aus Danzig gemeldet: Nach polnischen Blättern bauert die Krise in der Industrie Polens an. In Warschau, Czenstochau und Lodz gibt es mehr als hunderttausend Arbeitslose. In einer Resolution forderten die Arbeiter die Regierung auf, einen Druck auf die Unternehmer auszuüben zur Erniedrigung der Warenpreise und zum Verzicht auf Arbeitsaussperrung.

Keine Goldmarktarisierung.

In Reichstagsausschuß für Steuerfragen gab heute Ministerialdirektor Popitz folgende Erklärung ab:

„Es ist der Antrag gestellt worden, den Zarist des Bernsteinsyndikats, die Gesellschaft zu Goldmark abzustellen und für die Umrechnung die innere Kaufkraft zugrunde zu legen. Dieser Antrag hat gewissen Sinn, und ich bei der Ausarbeitung zur Hand. Praktisch wird er aber kaum durchführbar sein. Die Bernsteinsammlungen würden zunächst nach Papiermark zu ermitteln sein, und diese Beträge aber Umkommen sein. Bei dem Bernsteinsammlungen kann man aber Beträge bar bezahlen, daß man die Goldmark als Zahlungsmittel benutzt. Aber ist ein praktisch unmöglich; denn auf den Stand der Valuta haben ja nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und psychologische Momente Einfluß. Dann könnte man daran denken, als Zähler die Zahl zu nehmen, die die innere Kaufkraft der Mark ausdrückt. Es ist aber nicht möglich, diese innere Kaufkraft zuverlässig zu ermitteln. In Deutschland gibt es verschiedene Indexziffern, die der Wirtschaftsbeirat und der Index der „Frankfurter Zeitung" und der Index des Statistischen Reichsamts. Diese Indexziffern geben ein Ergebnis, ergeben von einander ab; so z. B. bestragt für den Monat September der erste Index 1751, der letzte 2060. Welche wird aber zu berücksichtigen sein, daß für die Vermögenssteuer der Index; auf einen Stichtag festgelegt werden muß. Ein so gewählter Index würde also immer nur ein zufälliges Bild geben. Abgesehen hiervon können aber die gegenwärtigen Indexes mit denen der Vorkriegszeit nicht verglichen werden, da in der Zwischenzeit die Grundlagen der Zusammenstellungen sich wesentlich geändert haben.

Es würde sonach nur übrig bleiben, das Reichsfinanzministerium mit Zustimmung des Reichsrats oder einer anderen Körperschaft den Index allgemein festsetzen zu lassen. Es haben sich bei Hinweises auf die außerordentliche politische Bedeutung, die in der Festsetzung gerade dieser Indexes liegt, wenn man nicht nur die wirtschaftliche und politische, sondern auch die außenpolitische Zweckmäßigkeit einer solchen allgemeinen Festsetzung ins Auge fassen, so verzichtet Ersteres, daß man aber eine solche Regelung die Durchführung der Tonnesser in Frage stellen.

Das endgültige belgische Wahlergebnis.

Brüssel, 23. November. (W. T. B.) Die neue Kammer setzt sich endgültig wie folgt zusammen: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 38 Liberale, 4 Mitglieder der Frontpartei und ein Vertreter der Partei der Kriegsinvaliden.

Das Abstimmungsergebnis im Aufbagebiet.

Die Mehrheit für deutsche Arbeiter.

Paris, 24. November. (W. T. B.)

Wie „Oeuvre" mitteilt, hat die Abstimmung, die der Ausschuß für den Wiederaufbau unter dem Vorsitze des Abgeordneten Bastin in den elf in Frage kommenden Dörfern des Sommegebiets veranstaltet hat, folgendes Ergebnis gehabt: Vier Dörfer haben mit 99 Prozent der Stimmen für den französisch-deutschen Wiederaufbau gestimmt. Eins mit 96 Prozent, drei Dörfer mit 90, je vier andere Dörfer mit 76, 60, 60 und 43, also mit einem Durchschnitt von 84 Prozent für die Beschäftigung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau. Das heißt also vier Prozent mehr, als verlangt wurden.

Daraufhin erklärte Minister Loucheur: „Diese Ergebnisse sind nicht amtlich. Man muß noch wissen, ob die in Frage kommenden Interessenten tatsächlich vollkommen aufgeklärt waren, um sich in voller Freiheit entschließen zu können." Der Minister habe inzwischen erfahren, daß der hohe Beamte, der unter den Beschäftigten eine neue Umfrage veranstalten wollte, in den ersten Dörfern sehr unfreundlich empfangen worden sei.

Anwerbung italienischer Arbeiter.

Paris, 24. November. (W. T. B.) Minister Loucheur erklärte, wie die Agentur Havas meldet, im Laufe der gestrigen Unterredung mit den Führern des Ausschusses für den Wiederaufbau, daß demnächst 5000 italienische geternte Arbeiter eintreffen würden, um die ländlichen Gemeinden wieder aufzubauen. Im Frühjahre würden weitere 10 000 zu dem gleichen Zweck angeworben werden.

Die neuen englisch-irischen Verhandlungen.

London, 24. November. (E. C.)

Gestern fanden neue Verhandlungen mit den Irländern statt. Von englischer Seite nahmen teil Lloyd George, Lord Birkenhead und Chamberlain. Von irischer Michael Collins, Barton, Griffith und Duffan.

Man erklärt, daß die jüngsten Ereignisse, in einem Resümee dargelegt, Gegenstand der Debatte waren. Es wurde die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, doch wird dies von dem Verlauf der Besprechung abhängen, die morgen zwischen Lloyd George und James Craig stattfinden wird. Die Schwierigkeiten, die sich einer Lösung des Konflikts entgegenstellen, sind nach Lange nicht überwunden. Doch glaubt man, daß es Lloyd George gelingen werde, mit James Craig zu einem Einvernehmen zu gelangen.

45 politische Gefangene sind aus dem Gefängnis Mitkenny durch einen von ihnen gegebenen unterzeichneten Gang ausgebrochen.

Kämpfe in Belfast.

London, 23. November. (W. T. B.) Blättermeldungen aus Belfast zufolge betrugen die Verluste bei den gestrigen Zusammenstößen in Belfast 14 Tote und etwa 100 Verwundete. Heute nachmittag wurden bei neuen Schießereien eine Frau getötet und vier Personen verwundet. Mehrere Straßenbahnwagen wurden von Schüssen durchsiebt.

Die Arbeiterpartei gegen militärische Maßnahmen.

P. **London**, 23. November. (Eigene Drahtmeldung) Die Arbeiterpartei hat Lloyd George ersucht, die militärischen Maßnahmen in Belfast, wodurch der Zustand einen methodischen Charakter erhalte, sofort aufheben zu lassen. Die Bevölkerung von Ulster ist außerordentlich erregt über das rücksichtslose Vorgehen der Truppen, die von Maschinengewehren und Geschützen Gebrauch machen. In Belfast wird ein Generalstreik gegen die englischen Truppen vorbereitet.

Ausbruchsversuch politischer Gefangener.

Dublin, 23. November. (W. T. B.) Im Gefängnis von Gelstonah unternahmen heute 40 politische Gefangene einen Ausbruchsversuch, nachdem sie zuvor einen Brand angelegt hatten. Bei dem entstandenen Kampf wurden fünf gefangen und fünf Wärter verwundet.

Die Finanzkrise in China.

P. **London**, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Peking wird gemeldet, daß nach dem Rücktritt des Kabinetts eine gemeinsame Aktion der Mächte erforderlich werde, um der chinesischen Regierung zu einer Besserung der Lage zu verhelfen, da die Staatskassen leer seien.

Die teils revolutionären Umtriebe beruhen auf Drohungen der Soldaten, die keinen Sold erhalten haben und sich mit Gewalt in den Besitz von Geld oder Waren setzen wollten, so daß Plünderungen zu erwarten sind. Die fremden Gesandten haben ihre Regierungen auf diesen Zustand aufmerksam gemacht. Ein Moratorium wird nicht für wahrscheinlich gehalten, weil die Banken mit ausländischer Hilfe und Garantie bereit sind, Unterstützung anzubieten.

Vertagung der ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 23. November. (W. T. B.) Im Verlaufe des heutigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung beantragte Ministerpräsident Graf Bethlen die Vertagung des Hauses, da die Regierung zurückgetreten sei. Abgeordnetes Graf Apponyi verlangte Weiterertagung der Nationalversammlung, damit die Frage des Immunitätsrechtes der im Gewahrsam befindlichen Abgeordneten behandelt werden könne. Ein Antrag, beinvegen morgen eine Sitzung abzuhalten, wurde abgelehnt und der Antrag des Ministerpräsidenten bezüglich der Vertagung der Nationalversammlung mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Internationale Schiffahrtskonferenz in London.

Eigene Drahtmeldung.

P. **London**, 24. November.

Die internationale Schiffahrtskonferenz wurde gestern in London eröffnet. Vertreter von England, Amerika, Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Holland, Norwegen, Spanien und Schweden waren anwesend.

Der Präsident der britischen Schiffahrtskammer, Owen Philipps, führte den Vorsitz. Er führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß die Konferenz, die erste ihrer Art, notwendig geworden sei. Die Zusammenkunft werde alle Fragen auf, die für die Schiffahrt sämtlicher Nationen von der größten Bedeutung seien. Die Frage der maritimen Konvention vom Jahre 1914 werde für längere Zeit die Konferenz in Anspruch nehmen.

Der Vorsitzende erklärte weiter, daß sich die Aufmerksamkeit der Konferenz von allem auf billigere Transportmöglichkeiten richten müsse, was im Hinblick auf das Wiederaufleben des Handels sehr wichtig sei. Was das Angebot von Schiffen betrifft, so sei dies größer als die Nachfrage. Es könnten, um diesen Uebelstande abzuhelfen, die alten oder minderwertigen Schiffe, die während des Krieges gebaut wurden, abgebrochen werden. Jedoch stehe man dabei auf Schwierigkeiten, da diese Abbruchsarbeiten nicht geringe Kosten verursachen würden.

Der pessimistische australische Ministerpräsident.

London, 23. November. (W. T. B.) Wie aus Melbourne berichtet wird, erklärte der australische Premierminister Hughes im Repräsentantenhause gegenüber einem Antrage der Arbeiterpartei auf Herabsetzung des Etats für die Kaufmacht um 200 000 Pfund, er wolle, daß die Parlamentsmitglieder, die im siebenten Himmel schwebten und bezüglich des Fortschritts in Washington optimistisch seien, ihr Gedächtnis auffrischen und an die Pläne bezüglich der Einschränkung der Rüstungen denken sollten, die gefaßt wurden, kurz bevor der blutigste Krieg ausbrach, an die die Welt gesehen habe. Hughes sagte, die jetzige Marine, die die Washingtoner Vereinbarungen zu den Nationalisten als seine Hauptaufgabe hingestellt.

Das ganze Unheil im Orient führt lediglich daher, daß die Siegermächte sich anmaßten, vom grünen Tisch aus die Geschicke der Völker zu bestimmen. Sie haben im Osten wie in Europa häufig Schiffbruch erlitten. Nur Japan sich unter den primitivsten Verhältnissen der östlichen Gebiete die Widerstände gegen das Pariser Diktat rascher bemerkbar machen können. Das Beispiel der türkischen Nationalisten zeigt, daß jede ganzen Volk durchaus in den Lage ist, selbständig über seine Zukunft zu verfügen. Auf diplomatischem Gebiet sind die Türken, wie übrigens auch die anderen Völker des Ostens, eigentlich immer Meister gewesen, und das Geschick, mit dem die Regierung von Angora aus dem Gegenspiel der Mächte Nutzen zu ziehen verstehe, hat nunmehr verdiente Früchte getragen. Die einst als Rebellen verschrienen Nationalisten sind heute eine anwerbare Macht. Auch England hat eingelenkt, und es muß feststellen, daß die Regierung von Stambul, die heute die Heere Mustafa Kemals hinter sich fühlt, gegen die Zwingherren, am Goldenen Horn aufzutreten und sich der Eingriffe in das türkische Leben zu erwehren beginnt.

Nicht ohne Geschick bemühen sich übrigens die Engländer, den Türken darzulegen, daß die Verständigung mit Frankreich zwar gewisse Vorteile mit sich gebracht hat, daß aber London der Türkei auch mit nützliche Dienste erweisen könne. Denn ohne die Mitwirkung Englands sei es nicht denkbar, daß die griechischen Truppen aus Kleinasien zurückgezogen würden. Es wird behauptet, die Armee Kemals sei nicht imstande, die griechische Armee an die Küste zurückzuwerfen. Zudem sind von den Türken die bei Smyrna und Frühjahr ein neuer Waffengang in Aussicht gestellt, dessen Ergebnis sich vorher nicht absehen lasse. Die Briten legen also Wert darauf, daß Kemal sich mit Griechenland zu verdenken, das durch einen General in Izmeboli über den Auslaufen der Gefangenen bereits mit den Männern von Angora verbindet hat, so daß die Kriegsführung bereits vorbereitet waren. Ein Hauptzentrum des Widerstandes gegen eine Annäherung an die Nationalisten bildet die altrürkische Element von Konstantinopel, die durch England Einfluß zu erlangen hofften. Manche sonst unverständliche Aktenbewegungen der türkischen Polizei sind den Nationalisten von altürkischer Seite zu erklären. In Griechenland spricht man unterdessen von einem Kabinett Stergiades, einer Persönlichkeit, die von den Verbündeten als eine Kompromiß-Wachtlaberin nicht bekämpft werden würde. Es heißt, Stergiades könne Kaiser berufen sein, den Boden für eine Aussöhnung zwischen Venizelos und Konstantin zu bereiten. Dadurch würde die Spannung im politischen Leben Griechenlands wesentlich erleichtert werden. Welche äußeren Verwicklungen Griechenland drohen, das deuten eine englische Pressemeldung an, wonach Serbien und Bulgarien, deren Annäherung Frankreich fördert, an die Aufteilung des thrazischen Problems beteiligt sollen. Saloniki, dem heute die griechischen Farben wehen, ist bekanntlich das heimliche Ziel mancher großrussischer Politiker. Griechenland hätte allen Anlaß, durch die Einleitung einer unmittelbaren Fühlungnahme mit den Türken eine rasche Beendigung seines ausschließlichen militärischen Abenteuers herbeizuführen und auf die Rolle des Aufseehers in der Levante endgültig zu verzichten.

Die Vorgänge in der Türkei sollten den Engländern die Lehre geben, daß es heute nicht mehr angängig ist, die in der Zeit der kolonialen Expansion angewandten Methoden beizubehalten. In Indien und Aegypten kann England sehen, daß die Nationen des Ostens nicht mehr mit Gewalt zu leiten sind. Aehnliche trübe Erfahrungen haben die Engländer in Afghanistan und Persien

Der Wettbewerb im Nahen Osten.

Die Versammlung des Völkerbundsrats in Paris zwecks Meinungsaustausch des albanischen Problems wurde von England dazu benutzt, um sein Mandat über Mesopotamien zu verteidigen, ein Punkt, auf den London unbedingt Wert legt, als bekanntlich die Nationalisten schon im Hinblick auf die mesopotamischen Oelvorkommen den im Frieden für diese Gegenden getroffene Regelung ansehten. Der britische Vertreter wies kaum hin, daß König Feisal von der gesamten Bevölkerung des Zweistromlandes mit Jubel aufgenommen worden sei. Demgegenüber bekannten wieder die Franzosen, Feisal habe in der ganzen islamischen Welt sein Ansehen verloren. Der Streit um Feisal ist aber nur ein Glied der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England über den Nahen Orient. Die Erregung in London, wo man die unzweideutige Verwirrung im Osten bequemlichlich auf das eigene Schuldkonto schreiben sollte, wird verständlich, wenn man aus türkischen Kommentaren zu den Vereinbarungen zwischen Frankreich-Italien und Julius Kemal erfährt, wie die Türkei bereit ist, den französischen Unternehmertum als Gegenleistung für die Anerkennung der Rechte der türkischen Nation umfassende wirtschaftliche Möglichkeiten zuzugestehen. Die Türken erhoffen auch von Italien Aehnliches, aber in Paris stellt man demgegenüber fest, daß der Marsche bis Tarentia sicher mit England gehen als sich, wie ein Vorgänger Sforza, an Frankreich halten will. Tarentia ist ein Spezialfall für Oesterreich-Ungarn und den Balkan. Auf diesem Gebiete kreisen sich die italienischen und französischen Interessen, und Frankreichs offenkundige Unterstützung der Serben in der albanischen Nordgelegenheit sowie die Vermittlungsangebote des in Paris so gut angeschriebenen tschechoslowakischen Ministers des Aeußern Benesch erweisen zur Genüge, daß das Mißtrauen in Rom nicht ganz unbegründet ist. Andererseits soll der nach Angora entsandte italienische Vertreter Luzzi in Anatolien doch weiter gehende Pläne verfolgen, als amtlich gemeldet wird. Denn Luzzi hat doch von Italiens Vermittlungsversuchen gesprochen und die Herstellung einer wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nationalisten als seine Hauptaufgabe hingestellt.

Das ganze Unheil im Orient rührt lediglich daher, daß die Siegermächte sich anmaßten, vom grünen Tisch aus die Geschicke der Völker zu bestimmen. Sie haben im Osten wie in Europa häufig Schiffbruch erlitten. Nur Japan sich unter den primitivsten Verhältnissen der östlichen Gebiete die Widerstände gegen das Pariser Diktat rascher bemerkbar machen können. Das Beispiel der türkischen Nationalisten zeigt, daß jedes ganze Volk durchaus in den Lage ist, selbständig über seine Zukunft zu verfügen. Auf diplomatischem Gebiet sind die Türken, wie übrigens auch die anderen Völker des Ostens, eigentlich immer Meister gewesen, und das Geschick, mit dem die Regierung von Angora aus dem Gegenspiel der Mächte Nutzen zu ziehen verstehe, hat nunmehr verdiente Früchte getragen. Die einst als Rebellen verschrienen Nationalisten sind heute eine anwerbare Macht. Auch England hat eingelenkt, und es muß feststellen, daß die Regierung von Stambul, die heute die Heere Mustafa Kemals hinter sich fühlt, gegen die Zwingherren am Goldenen Horn aufzutreten und sich der Eingriffe in das türkische Leben zu erwehren beginnt.

Nicht ohne Geschick bemühen sich übrigens die Engländer, den Türken darzulegen, daß die Verständigung mit Frankreich zwar gewisse Vorteile mit sich gebracht hat, daß aber London der Türkei auch mit nützliche Dienste erweisen könne. Denn ohne die Mitwirkung Englands sei es nicht denkbar, daß die griechischen Truppen aus Kleinasien zurückgezogen würden. Es wird behauptet, die Armee Kemals sei nicht imstande, die griechische Armee an die Küste zurückzuwerfen. Zudem sind von den Türken die bei Smyrna und Frühjahr ein neuer Waffengang in Aussicht gestellt, dessen Ergebnis sich vorher nicht absehen lasse. Die Briten legen also Wert darauf, daß Kemal sich mit Griechenland zu